

**Basisdemokratisch. Sozial. Konsequenz. Aufbau.
Perspektiven von DIE LINKE.Neukölln in der BVV Neukölln**

von Ahmed Abed
Neukölln von Berlin , aktualisiert am 02.06.2021

DIE LINKE.Neukölln steht mit dem Erfolg ihrer Arbeit und dem damit einhergehenden Wahlerfolg vor großen Herausforderungen, Gefahren und Chancen. Bezirksverordnete in der BVV Neukölln und Abgeordnete im AGH werden Perspektiven und Ressourcen für einen ökologischen, demokratischen und sozialistischen Wandel schaffen. Zudem wird durch das Vorschlagsrecht der BVV-Fraktion eine Stadträtin/ein Stadtrat gewählt werden, welche für das von der SPD/Grünen-Mehrheit vorgegebene Ressort, die von Stadtplanung bis zu Soziales alles sein kann, die Verantwortung tragen wird.

Dabei steht der Bezirk Neukölln im Zentrum vieler bundesweiter Diskussionen. Rassist*innen aus allen Parteien referieren auf die Sonnenallee, um anti-arabischen und anti-muslimischen Rassismus zu legitimieren. Der AfD-Kandidat für Neukölln hat 2016 die Bewaffnung von „wehrhaften Deutschen“ gefordert. Rechter Terror holte unseren Genossen Ferat ein. Neukölln hat einen Anteil von 47% Menschen mit Migrationsgeschichte. Doch die Kinderarmut liegt bei 51%.

1. Entscheidungsfindung	1
2. Letzte Wahlprognose.....	1
3. BVV als Verwaltungskontrollorgan.....	2
4. Fraktion	2
5. Stadträtin/Stadtrat.....	3
6. Befugnisse des Kollegialorgans und der Stadträte.....	3
7. Öffentlichkeitsarbeit/Spielräume	3
8. Selbstorganisationsgruppen/Runde Tische.....	4
9. Inhaltlicher Schwerpunkt.....	4
10. Schlusswort – Das große Ganze organisiert sich im Kleinklein	4
11. Stichpunkte.....	5

1. Entscheidungsfindung

Wir sind ein basisdemokratischer Bezirksverband und unsere Entscheidungen werden in den BOs und dem Vorstand diskutiert sowie in der Mitgliederversammlung entschieden. Die wichtigsten politischen Entscheidungen fallen in der MVV, von unten nach oben. AGH-Mitglieder, BVV-Bezirksverordnete und ggf. Stadträtin/Stadtrat müssen die Entscheidungen respektieren und umsetzen. Die Vereinbarungen zu den Mandatsträgerabgaben sind einzuhalten. Punkt.

Die konkreten Ziele oder auch die Bewältigung von innerparteilichen Krisen lassen sich – wie auch in der Diskussion mit den AGH-Mitgliedern – nur in einem ständigen Austausch mit den BOs, dem Bezirksvorstand und der MVV beantworten.

2. Letzte Wahlprognose

Die letzte Wahlprognose zeigt 27 %/17 Sitze für die SPD, 20 %/13 Sitze für die Grünen, 14%/9 Sitze für die CDU, 13 %/7 Sitze für DIE LINKE., 9 %/4 Sitze für die AfD, 6 %/3 Sitze für die FDP und 5%/2 Sitze für

DIE PARTEI (Quelle: <https://www.wahlkreisprognose.de/trends-in-berlin/>). Bei insgesamt 55 Sitzen liegt die Mehrheit bei 28 Sitzen, die mit den Sitzen von SPD und Grüne erreicht werden könnte.

3. BVV als Verwaltungskontrollorgan

Die BVV hat als Verwaltungskontrollorgan keine Gesetzgebungskompetenz. Die wenigen Ausnahmen in denen Normen gestaltet werden, ist die Festlegung des Bebauungsplans, d.h. der Stadtplanung. Der Einfluss der BVV auf die Gesetzgebung des Landes Berlin oder auf Bundesrecht ist gering. Auch der Haushalt von etwa einer halben Milliarde Euro sind zu 95% nicht beeinflussbar, weil sie der Durchführung von Bundes- und Landesgesetzen dienen. Der Bezirk besteht aus den Organen BVV und Bezirksamt. In § 12 Abs. 2 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) ist die Zuständigkeiten der BVV und in § 36 BezVG die des Bezirksamts geregelt. Mehr dazu unter

Wie im Falle der Kindertagesstätten Südost können die Bezirke Eigenbetriebe einrichten oder wie im Falle der Schulreinigung Fremdbetriebe beauftragen. Auch die Jugendhilfearbeit wird durch freie Jugendträger geleistet, nicht zuletzt um Kosten zu sparen.

4. Fraktion

Unsere BVV-Fraktion sollte sich auf ihre Schwerpunkte und das Werben für ihre Ziele konzentrieren. Dass wir Strukturen schaffen und Einladungen aussprechen an die marginalisierten Bevölkerungsgruppen in Neukölln, steht dabei im Zentrum.

Unsere Ziele für den Bezirk und darüber hinaus haben wir im Bezirksprogramm festgelegt. Konkret bedeutet es,

[inhaltlich]

- dass wir Verstärker und Sprachrohr der sozialen und ökologischen Bewegungen sind; Druck von Protesten in die BVV bringen; Bündnisse aufbauen und verstärken;
- dass wir konsequent gegen den Rassismus in den Parteien und der Gesellschaft sowie den Faschismus der AfD vorgehen; wir wählen keinen AfD-Stadtrat mit; wir fordern eine **diskriminierungsfreie Behandlung** von migrantischem Gewerbe und stellen uns **gegen die (Clan-)Razzien**; wir wenden uns gegen anti-islamische Tendenzen im Bezirksamt und unterstützen die migrantischen Selbstorganisationen (MSO); Arbeit der MSO gegen den Rassismus im Bezirksamt unterstützen;
- dass wir gegen die Sanktionen und Missstände des Jobcenters Neukölln vorgehen; wir müssen hier **Ansprechpersonen und konkrete Aufbauhilfe** für die Selbstorganisation der Betroffenen anbieten, um konstant auf lokaler Ebene gegen das System Hartz4 vorgehen zu können;
- dass wir die Rekommunalisierung der Schulreinigung durchsetzen helfen und die Kampagne „Schule muss anders“ unterstützen;

[organisatorisch]

- dass wir die Verwaltungsarbeit der BVV-Arbeit verschlanken, um uns auf die Organisation der Menschen, vertiefende Kenntnis und Bekanntmachen im Bezirk und die Öffentlichkeitsarbeit konzentrieren können; konkret: die bisher sehr lange Vorbereitung von BVV-Sitzungen kann durch die Vorbereitung durch den Vorstand ersetzt/verkürzt werden; Bündnisarbeit durch Einladung von Bewegungen zu den Sitzungen und neue Wege in der Öffentlichkeitsarbeit, wie Feste oder Panels zu den Themen soziale Gerechtigkeit, Gewerkschaften und Frieden;
- dass wir Umfragen in Auftrag geben, die die soziale Situation und den Willen der Neuköllnerinnen darstellt (z.B. Wie ist die Situation in den Betrieben? Was erleben die Menschen im Jobcenter? Wie wird der Karstadtabriss gesehen?);
- dass wir helfen, dass die wenigen Mittel der Bürgerbeteiligung genutzt werden, wie Einwohneranfragen, Einwohnerantrag und Bürgerbegehren;

- dass wir im Austausch zwischen Bezirksverband, Fraktion, AGH und Stadträtin/Stadtrat keine doppelten Strukturen oder weitere Arbeitskreise schaffen, weil BVV-Sitzungen, Fraktionssitzungen und Parteisitzungen sich überschneiden sowie Entscheidungen und Diskussionen konzentriert werden sollten;

5. Stadträtin/Stadtrat

Die Vorteile für die Stellung einer/s Stadträtin/Stadtrats überwiegen die Nachteile. Es ist schwer in der Öffentlichkeit zu vermitteln, warum DIE LINKE. Neukölln die Aufgabe verweigert.

Ungeklärt sind viele Fragen, u.a. wie die Ressorts des Bezirksamts von der Mehrheit der BVV auf die Stadträte aufgeteilt wird (Ressorts: <https://www.berlin.de/ba-neukoelln/politik-und-verwaltung/aemter/>). Wie oben beschrieben ist der Haushalt nur wenig beeinflussbar und vor allem erwartet uns ein Sparkurs in der nächsten Wahl-/Legislaturperiode. Außerdem ist im Gespräch, dass das AGH die freie Einteilung der jeweiligen Ressorts der Stadträtin durch die BVV durch feste Ressorteinteilungen ersetzen will.

6. Befugnisse des Kollegialorgans des BA und der Stadträte

Das Bezirksamt (BA) und die BVV sind die zwei Organe des Bezirks Neukölln. Das BA hat ein Kollegialorgan, wo Abstimmungen unter den Bezirksamtsmitgliedern (Stadträte) stattfinden, und den Stadträten, die selbständig ihre Geschäfte über ihre Abteilungen führen. Die Bezirksamter geben sich eine Geschäftsordnungen nach § 36 Abs. 1 S. 2 BezVG (z.B. BA T-K, <https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/bezirksamt/artikel.896214.php>). Welche Angelegenheiten vom Kollegialorgan und welche von den jeweiligen Stadträten allein beschlossen werden dürfen bestimmt sich nach § 36 Abs. 3 BezVG. (Kollegialorgan: - die Einbringung von Vorlagen bei der BVV (§§ 12, 13, 15, 16 BezVG); - die Festsetzung von Bebauungsplänen, etc.;- die Beanstandung von Beschlüssen der Bezirksverordnetenversammlung (§ 18);- die Entscheidung über Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern des Bezirksamts;- die Wahrnehmung der Angelegenheiten, die dem Bezirksamt durch besondere Rechtsvorschrift zugewiesen sind; - die Organisation des Bezirksamtes.) Stadträte führen das Geschäft ihrer Abteilungen selbst, außer jene Angelegenheiten, die per Geschäftsordnung vom Kollegialorgan bestimmt werden (z.B. GO-BA C-W: Angelegenheiten von grundsätzlicher und erheblicher politischer, wirtschaftlicher und sonstiger Bedeutung, Stellenbesetzungen, Beförderungen oder Höhergruppierungen ab Besoldungsgruppe A 12 bzw. der vergleichbaren Arbeitnehmertarifgruppe.). Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern des Bezirksamts entscheidet das Bezirksamt (Art. 75 Abs. 2 S. 3 VvB).

7. Öffentlichkeitsarbeit/Spielräume

Das Kollegialorgan fordert, dass Beschlüsse nach Mehrheit gefasst werden, und auch nach außen vertreten werden. Das Äußerungsrecht von Amtsträgern in ihrer staatlichen Funktion und in ihrer privaten Funktion ist jedoch zu unterscheiden. Äußert sich z.B. eine Bürgermeisterin rein privat, z.B. in Parteifunktion oder beim Grillen mit Freunden ist ihm unbenommen sich als Bürgerin, wie jede andere Privatperson frei zu äußern, wie es Art. 5 Abs. 1 GG vorsieht.

In der tagespolitischen Arbeit ergibt sich hieraus ein sehr weiter Spielraum für die politische Debatte. Doch auch in der Funktion eines Bezirksamtsmitglieds (Stadträtin/Stadtrat) darf sich unter Beachtung der Grenzen der parteipolitischen Neutralität sehr weitgehend geäußert werden.

Überhaupt dürfen wir uns auf keinen Fall in der Fraktion oder durch den Stadtrat nur auf kommunale Themen beschränken. Denn landes-/bundespolitische und internationale Themen spielen eine enorme Rolle und auch Chancen in der Öffentlichkeit unser sozial-ökologisches Programm zu bewerben.

Die Öffentlichkeitsarbeit und der Druck auf die Verwaltung, z.B. des Jobcenters, können zu Verbesserungen führen. Nachteilig könnte der Versuch sein uns für Sozialabbau verantwortlich zu machen. Das ist nicht auszuschließen, könnte aber auch mit klaren öffentlichen Statements entgegengetreten werden.

8. Selbstorganisationsgruppen/Runde Tische

Die Aufgabe einer Stadträtin kann vor allem in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, sozialen und ökologischen Bewegungen und Betroffenen sein. Die Stadträtin kann anregen, dass eine gemeinsame Organisation und Selbstorganisation von Betroffenen stattfindet. Sie kann auch Räume zur Verfügung stellen.

oder auch Selbstorganisation für gemeinsame Aktionen und Wir können Ansc geben, sei es in sozialen oder ökologischen Fragen, der Öffentlichkeitsarbeit und der Thematisierung innerhalb der Bezirksamtsspitze und der inneren Verwaltung geschehen.

Einem Haushalt, der soziale Einschnitte betrifft, sollte eine Stadträtin nicht zustimmen.

9. Inhaltlicher Schwerpunkt

Angesichts der großen Unterstützung der Mieter*innenbewegung in der Kampagne „DWenteignen“ sollten wir vorzugsweise das Ressort der Stadtbauplanung anstreben. Aufgebaute Strukturen der Sammler*innen bestehen möglicherweise weiter und begleiten die Umsetzung oder werden ihre Aufgabe in der Aktivierung/Organisierung von mehr Mieter*innen finden. Aufsuchende Mietrechts- oder Vorkaufsberatung in mehreren Sprachen könnten eine einfache Einstiegshilfe für die Neuköllner*innen sein. Auch könnten wir zur Frage arbeiten, wie die Mietsituation sich durch die Enteignung verbessert hat.

Nachgeordnet könnte das Ressort des Sozialen verlangt werden, weil die Grünen derzeit das Ressort der Stadtbauplanung inne hat und weil wir mit Betroffenen des Jobcenters Druck aufbauen könnten, um z.B. die Sanktionen zu beenden. Der Kürzungshaushalt wird uns weniger angelastet, als vielmehr dem Bund oder dem Land. Wir könnten hingegen mit den Betroffenen, den Beschäftigten und Sozialverbänden Bündnisse schmieden, um Protest zu organisieren.

Am Beispiel des Ressorts Soziales soll hier kurz aufgezeigt werden wie beschaulich der der Einfluss in dem entscheidenden Gremium der Trägerversammlung ist. Einen direkten Einfluss einer Stadträtin auf das Jobcenter Neukölln gibt es nicht, weil die Trägerversammlung aus Bezirksamt, Bundesagentur und Senat über die Gestaltung des Jobcenters Neukölln entscheidet, wobei die Stadträtin in der Minderheit ist. Natürlich kann trotzdem Druck ausgeübt werden durch Anfragen, Sichtbarmachung und auch in der Strukturierung und Anweisung im Sozialamt des Bezirksamts. Allzu große Ergebnisse sind – auch bei einem angekündigten Minushaushalt – jedoch nicht besonders realistisch.

Langfristig steht jedoch nicht nur das Ziel der Beendigung der Sanktionen, sondern das Ende der Armut durch Hartz4 durch die Organisation von Protest und Widerstand.

10. Schlusswort – Das große Ganze organisiert sich im Kleinklein

Bei der Arbeit im bezirklichen/kommunalen Rahmen dürfen wir uns als Partei und in den gewählten Funktionen (1.) bei der Stadträtin/Stadtratsfrage von der Art der Gestaltung statt von dem inhaltlichem Schwerpunkt leiten lassen, weil wir kaum über die Ressortfrage bestimmen können. Daran anschließend sollten wir uns (2.) nicht in den Grenzen der Zuständigkeit einzwängen lassen, sondern müssen die Frage

nach einem ökologischen und sozialen Wandel, sei es in der Enteignung von Wohnraum oder in Sachen der antirassistischen Frage, grundsätzlich, durch Organisation von Protest von unten und nachhaltig stellen. Nur durch die Verbindung von lokaler Organisation, Aktion und Veränderung, die wie ein Schneeball zu einer Lawine werden kann, schaffen wir eine sozialistische Perspektive, die über das Profitstreben Einzelner hinausgeht und die Bedürfnisse des Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Glück auf!

11. Stichpunkte

Hier sind einige weitere Stichpunkte für die ich leider keine Zeit hatte sie auszuformulieren:

- Mobilisierung von Menschen im Bezirk und der Bündnisarbeit.
- unsere Schwerpunkte in Initiativen herausarbeiten
- Techniken entwickeln für die Informationsgewinnung und Mobilisierung in die BVV hinein, wenn es etwas zu entscheiden gibt.
- die Bälle zuspielen mit den Abgeordneten und der Bundestagsabgeordneten
- raus aus der verstaubten BVV-Arbeit: Wir sind kein erweitertes Verwaltungsorgan, sondern eine politische Bewegung!
- Systemfrage stellen durch die Infragestellung der lokalen Struktur
- Bundesdebatten nicht scheuen!
- Umfragen in Auftrag geben zu Wohnungsfrage, sozialen Fragen und Rassismus
- weniger Werbung in Zeitungen und mehr Organisation!
- neue Konzepte ausprobieren: viele Ressourcen auf Social Media und auf Netzwerkarbeit setzen
- Kontakt mit Betriebsräten und Gewerkschaften aufbauen
- Kontakt mit Friedensgruppen stärken
- Absprachen mit Multiplikatoren für Aktionen
- Ausbau der SOZIALEN FRAGE: Jobcenter-Gruppe aufbauen! Regelmäßiger Austausch mit den praktizierenden Anwältinnen; Netzwerk aufbauen
- weitermachen mit dem Aufbau/Kontakt zu den Schulen, Schulprojekt ausbauen zur Kampagne „Saubere Schulen“ und „Schule geht anders“
- Mehrsprachigkeit der Fraktionspublikationen
- Fortbildung der BVVlerinnen in Multimedia, Reden schreiben und im Organizing